Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1538
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 181. Freitag, 6. August 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Für Fälle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: i. V.: F. Teichgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Spannung in den deutsch-englischen Beziehungen.

BP. In den deutsch-englischen Beziehungen ist in der letzten Zeit eine auffallende Spannung eingetreten. Man sieht in London der Möglichkeit einer deutsch-französischen Annäherung mit großem Unbehagen entgegen. Die Erklärung des französischen Außenministers Briand gegenüber einem Pressevertreter, daß er anläßlich der Septembertagung des Völkerbundsrates ausgedehnte Unterhaltungen mit den deutschen Staatsmännern führen wolle, die eine möglichst weitgehende wirtschaftliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland zum Ziele haben, **hat in England Sensation hervorgerufen.** In Berliner politischen Kreisen wird erklärt, der Grund dieser eifersüchtigen Haltung des britischen Kabinetts sei darin zu suchen, daß Deutschland und Frankreich das Ziel verfolgen, die Beziehungen zu Rußland enger zu gestalten. Wie es heißt, wird die französische Regierung nach Ueberwindung ihrer finanziellen Schwierigkeiten neue Verhandlungen mit der Sowjetregierung aufnehmen, um zunächst die Schuldenangelegenheit zwischen beiden Mächten zu bereinigen. Anschließend daran will das Pariser Kabinett der Frage der Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland nähertreten.

Es ist offensichtlich, daß die im Gange befindliche Neuorientierung der französischen Politik gegenüber Rußland und die freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu Rußland mit der osteuropäischen Politik Englands nicht in Einklang zu bringen ist. In England hat man denn auch bereits eingesehen, daß man Deutschland nicht in die Front der britischen Politik gegen die Sowjet-Regierung einreihen kann und die Londoner Regierung ist ganz offensichtlich bestrebt, die Beziehungen zu Polen in ein freundlicheres Fahrwasser zu lenken. England findet in Polen umso mehr ein willfähiges Werkzeug für seine Pläne gegen Sowjet-Rußland, als auf Anregung der britischen Regierungskreise maßgebende Finanzgruppen in England in Warschau haben wissen lassen, daß man dem polnischen Staat eine größere Anleihe gewähren wolle.

Die sich in letzter Zeit geltend machende unfreundliche Haltung Englands gegenüber Deutschland in der Frage der Verringerung der Besatzung ist selbstverständlich darauf zurückzuführen, weil die Reichsregierung kein Verständnis hat für die politische Einstellung Englands gegenüber Rußland.

Es ist in London gleichfalls nicht unbekannt geblieben, daß nach der Völkerbundstagung und dem wahrscheinlichen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund neue wichtige Verhandlungen zwischen Berlin und Moskau einsetzen werden, die die Ausgestaltung des sogenannten Berliner Vertrages bezwecken. Wie wir von diplomatischer Seite erfahren, wird entgegen den wiederholten Dementis aller Voraussicht nach der russische Volkskommissar für Auswärtiges, **Tschitscherin, im Herbst sich erneut nach Berlin begeben,** um mit der Reichsregierung die Aufnahme von deutsch-russischen Schiedsgerichtsverhandlungen in die Wege zu leiten. In dem Schriftwechsel anläßlich des Austausches der Ratifikationsurkunden des deutsch-russischen Sicherheitsvertrages haben beide Mächte zum Ausdruck gebracht, einen **Schiedsgerichtsvertrag** abschließen zu wollen. Man glaubt, daß bei dieser Gelegenheit von deutscher Seite eine Vermittlungsaktion zwischen Rußland und den Völkerbundmächten eingeleitet werden dürfte, die zum Ziele hat, Rußland dem Völkerbunde näher zu bringen. Angesichts der augenblicklich wieder zutage tretenden Tatsache, daß die an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Bern beteiligten Westmächte nicht im geringsten daran denken, eine wirkliche Abrüstung vorzunehmen, ist es allerdings verständlich, wenn die Sowjetregierung den Völkerbundsgedanken in seiner jetzigen Gestalt entschieden ablehnt. Die deutsche Außenpolitik wird auch weiterhin, trotz der unfreundlichen Einstellung Englands gegenüber Moskau, ihr Hauptaugenmerk auf die Ausgestaltung der Beziehungen nach dem Osten richten.

Zur Begnadigung von Stratil-Sauer.

Der wegen Erschießung eines Afghanen zu vier Jahren Gefängnis verurteilte deutsche Forscher, Professor Stratil-Sauer, ist auf sein Begnadigungsgesuch nunmehr vom Emir von Afghanistan freigelassen worden. Die Begnadigung ist nur im Hinblick auf die freundschaftlichen Beziehungen mit Afghanistan, die von der Reichsregierung besonders gepflegt werden, zurückzuführen. Der Forscher wird, wie wir hören, **in der allernächsten Zeit in Berlin eintreffen,** um der Reichsregierung über die Vorgänge, die zu seiner Verurteilung geführt hatten, nochmals **Bericht zu erstatten.** Der Begnadigungsakt des Emirs von Afghanistan wird im deutschen Volke die wärmste Anerkennung finden.

Neue Zwischenfälle an der polnisch-litauischen Grenze.

Nach einer Meldung der Berliner Morgenblätter aus Kowno sind in den letzten zwei Tagen **drei litauische Grenzsoldaten verschwunden.** Von Kownoer Blättern wird angenommen, sie seien nach Polen verschleppt worden. Bei Siluschai wurde das Gebäude der litauischen Grenzwache **niedergebrannt.** Beim Dorf Burokal überschritten polnische Legionäre die Demarkationslinie und wurden erst nach einem kurzen Feuergefecht zurückgetrieben.

Die Magdeburger Mordaffäre.

vdz. Die Kompetenzstreitigkeiten in der Magdeburger Mordaffäre sind beinahe vollkommen beseitigt, so daß nunmehr auch die kriminelle Seite, die ja in diesem Falle das Hauptsächlichste ist, zu ihrem Recht kommt. Es scheint auch hier sehr rasch vorwärts zu gehen. Nach der Verhaftung der Braut des Schröder, deren Vernehmung ein ziemliches Wissen um die Ermordung des Buchhalters Helling ergab und nach dem darauf erfolgten Geständnis des Schröder, wird auch die Rolle, die evtl. der Magdeburger Großindustrielle **Haas** in dieser Angelegenheit gespielt hat, sehr bald der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft bekannt sein. Man rechnet in Magdeburg, wie der VZ. berichtet wird, damit, **daß Rudolf Haas Ende dieser Woche aus der Haft entlassen wird.** Nach der gleichen Quelle dürfte auch die Haftentlassung des Chauffeurs des Haas, **Reuter,** erfolgen. Zugunsten des Haas spricht namentlich auch, daß in seinem Geständnis des an Helling begangenen Mordes Schröder zugegeben haben soll, daß er niemals den Haas gesehen hat und daß dieser als Anstifter oder Mitwisser überhaupt nicht in Frage kommt. ...

Schröders Schwester verhaftet.

Wie die Vossische Zeitung aus Magdeburg meldet, verlautet dort, daß die Schwester Schröders festgenommen und bei ihr der Chauffeuranzug ihres Bruders gefunden wurde, den er anhatte, als er Helling nach Groß-Rottmersleben lockte. Sie sei es gewesen, die versucht habe, aus dem Teppich in der Wohnung Schröders die Blutflecke abzuwaschen. Während der Haft ihres Bruders habe sie mit ihm in ständiger Fühlungnahme gestanden und die Verbindung mit seiner Braut in Köln aufrechterhalten.

Eine Landtagsinterpellation.

Nach einer Blättermeldung hat die preußische kommunistische Landtagsfraktion einen Antrag auf Einberufung des ständigen Ausschusses zwecks Stellungnahme zu dem Magdeburger Justizfall gestellt. In einer großen Anfrage wird an das Staatsministerium die Frage gerichtet, ob es bereit sei, sofort dem ständigen Ausschuß diejenigen Maßnahmen mitzuteilen, die gegen die in der Magdeburger Justizangelegenheit belasteten Richter ergriffen worden sind. Außerdem wird Mitteilung darüber verlangt, warum der Justizminister kein Disziplinarverfahren gegen den Untersuchungsrichter Kölling eingeleitet hat.

Keine Beteiligung Deutschlands an den weiteren Beratungen der Ratskommission.

Wie schon vor der letzten Tagung des Völkerbundsrates setzt auch jetzt wieder **im Auslande ein lebhaftes Intrigenspiel in der Frage der Zuteilung der Ratssitze** ein. Um die Reichsregierung aus ihrer festen Haltung hinauszumanövrieren, werden in ausländischen Blättern gewisse Fühler ausgestreckt. So wird in der **polnischen Presse** behauptet, die deutsche Regierung habe sich mit dem Vorschlag Polens einverstanden erklärt, daß der Warschauer Regierung ein nichtständiger Ratssitz für die Dauer von sechs Jahren garantiert werden soll. An zuständiger deutscher Stelle wird dazu erklärt, keine auswärtige Macht habe in Berlin bisher einen derartigen Vorschlag unterbreitet. Sollte man der Reichsregierung diesen Vorschlag machen, so werde er der Ablehnung verfallen. In unterrichteten Kreisen hält man es allerdings nicht für ausgeschlossen, daß man über das Verlangen des Warschauer Kabinettes, **Polen einen nichtständigen Ratssitz für sechs Jahre zu garantieren,** unter Umständen diskutieren könnte. Selbstverständlich müßte dann der **spanischen Regierung ein Ausgleich** gewährt werden. Man denkt hierbei daran, Spanien als ständiges Mitglied in den Völkerbundsrat aufzunehmen. Es ist allerdings Sache der Völkerbundsmächte, diese Angelegenheit zu klären. Die Reichsregierung wird, wie wir hören, sich auf Verhandlungen über die Zuteilung von Ratssitzen auch weiterhin nicht einlassen. Aus diesem Grunde wird man in Berlin einer Einladung der Ratskommission zum Studium der Frage der Verteilung der Völkerbundssitze nicht nachkommen. Das Völkerbundssekretariat hat bekanntlich die Absicht, die Ratskommission, die sich bereits im Juni mit dieser Angelegenheit beschäftigt hat, kurz vor oder während der Tagung des Völkerbundsrates einzuberufen.

Ein vorläufiges Handelsabkommen mit Frankreich abgeschlossen.

Zwischen dem deutschen Botschafter v. Hoesch und Ministerialdirektor Posse einerseits und dem französischen Außenminister Briand und Handelsminister Bokanowski andererseits sind gestern nachmittag im französischen Außenministerium **zwei Verträge** gezeichnet worden. Der eine dieser Verträge ist ein auf die Dauer von 6 Monaten abgeschlossenes vorläufiges Handelsabkommen, der andere eine Teilvereinbarung über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saargebiet. Durch den ersten Vertrag wird **der Warenverkehr zwischen Deutschland und Frankreich** für eine bestimmte Anzahl die Ausfuhr beider Länder interessierende Waren geregelt. Außerdem enthält dieser Vertrag Klauseln über das Statut der Personen und Gesellschaften. In dem **Teilvertrag über die Saar** sind eine Anzahl der in dem vor einem Jahre abgeschlossenen, aber nicht in Kraft getretenen Saarabkommen geregelten Fragen des Warenverkehrs zwischen Deutschland und dem Saargebiet, die teilweise in einem besonderen Zusammenhange mit der für die entsprechenden Warengruppen im Handelsabkommen getroffenen Regelung stehen, übernommen worden.

Eine Kundgebung des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simon.

Zu der gestern beginnenden Tagung der International Law Association in Wien veröffentlicht der Präsident des Reichsgerichtes Dr. Simon in Wiener Zeitungen eine Erklärung über die **Rechtsangleichung zwischen Oesterreich und Deutschland** und über die **Anschlußfrage.** Er schließt seine Ausführungen mit den Worten: Die Arbeit an der österreichisch-deutschen Rechtsangleichung macht rasche Fortschritte. Wenn wir sie auch als wichtige Voraussetzung für den staatlichen Zusammenschluß betrachten, so erwarten wir diesen doch in erster Linie von einer anderen Bewegung, nämlich von der Entwicklung, die zum Abbau der Grenzen führen muß. Wenn Europa sich selbst behaupten will, so muß es auf die heute unerträglich überschätzte Bedeutung der innereuropäischen Grenzen verzichten. Mag das neue Gebiet nun Paneuropa heißen oder Europäischer Zollverein oder wie immer, die Grenzen müssen jedenfalls abgebaut werden und die erste Grenze, **die unbedingt fallen muß,** ist die, die **die beiden deutschen Staaten voneinander scheidet.**

Dr. Seipel über Nation und Völkergemeinschaft.

Im Rahmen der Herbsttagung des Verbandes katholischer Akademiker in Aachen hielt der österreichische Altbundeskanzler Dr. Seipel einen Vortrag über das Thema „Nation und Völkergemeinschaft." Der Völkerbund, führte er u. a. aus, wie er in den Friedensverträgen geschaffen sei, sei die Verwirklichung eines Postulats der Zeit. Damit hätten die Völker etwas erhalten, was sie vor dem Kriege nicht gehabt hatten, und diejenigen, die diese Völkergemeinschaft geschaffen hätten, hätten das jedenfalls in dem Bewußtsein getan, daß man den Frieden nicht anders sichern könne, **als durch eine Gemeinschaft,** die über die einzelnen Nationen hinausgehe; die Erfüllung dieses Postulats sei aber noch nicht in dieser Schöpfung zu sehen, vor allem, weil die Völker nichts von ihrer Souveränität abgeben wollten. Die dadurch geweckten Eifersüchteleien gefährdeten die Existenz des Völkerbundes. Der Völkerbund sei eine Vereinigung der einzelnen Völker, es fehle aber zu dieser losen Vereinigung noch das wirkliche Band, das sie zu einer Gemeinschaft mache. Nicht die übermächtige Stärke der Nationen sei ein Hindernis für die Völkergemeinschaft und nicht ihr Nationalismus, sondern die Schwäche der einzelnen Nation. Eine Nation allein sei nicht tragfähig genug, um einen Brückenpfeiler auf dem Wege zur Völkergemeinschaft zu bilden. Nationen entständen und vergingen, vergingen durch äußere Schicksale, wie das Reich der Ostgoten vergangen sei, aber noch häufiger vergingen sie durch inneren Zerfall in Stämme, Klassen und Parteien. Deshalb müsse zwischen Nation und Völkergemeinschaft die Volksgemeinschaft treten. Man dürfe nicht hoffen, von der Nation zur Völkergemeinschaft zu kommen, wenn man nicht zuerst die eigene Nation zu einer richtigen Volksgemeinschaft mache und dem Klasseninternationalismus entgegentrete und bekämpfe. Stände und Wirtschaftsgruppen innerhalb einer Nation dürften nicht so weit geführt werden, daß die Einheit der Nation darunter leide. Vielmehr sei ein Ausgleich der auseinanderklaffenden Bildungsunterschiede mit gleichzeitiger Ueberbrückung der sittlichen Auffassungen erforderlich. Wenn man an seiner eigenen Nation aufbaue, beseitige man sich die Hindernisse für die wahre Völkergemeinschaft.

Bevorstehende Freilassung der in Rußland verurteilten Studenten.

Die beiden deutschen Studenten **Kindermann** und **Wolschft** sind bekanntlich vor längerer Zeit in Moskau zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden, weil sie angeblich bei einem Verschwörungsplan gegen die Sowjet-Regierung ihre Hand im Spiele gehabt haben sollten. Die von dem betreffenden Gerichtshof geltend gemachten Argumente waren schon seinerzeit nicht stichhaltig und man rechnete mit der Begnadigung der Verurteilten. Die Verurteilung der Studenten ist damals lediglich aus dem Grunde erfolgt, weil die Sowjet-Regierung den im Leipziger Kommunistenprozeß zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilten russischen Rädelsführer freigelassen wissen wollte. Die deutsche Botschaft in Moskau hat nunmehr, auf Grund längerer Verhandlungen mit der Sowjet-Regierung die Zusicherung erhalten, daß die Studenten Kindermann und Wolschft **jetzt begnadigt und nach Deutschland ausgeliefert werden sollen.** Gleichzeitig wird die deutsche Regierung einige in Deutschland verurteilte russische Kommunisten freilassen.

SLUB
Wir führen Wissen.